

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wichtigsten Zeitungen  
für ein Jahr 10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 1270. Gedruckt von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte 30 Pf., die 40 mm breite Monatshefte 1.50 Pf., für auswärtige Abnehmer 2 Pf. und 2 Pf. Familienangehörigen. Einzelnummern 10 Pf. Druck- und Vertriebskosten 10 Pf.

Nr. 279

Dresden, Mittwoch den 1. Dezember 1926

37. Jahrg.

## Das Heldenstück der Arbeiterpartei

### USPD. verhindert die Bildung einer sozialistischen Regierung

Weshalb haben die „alten, bewährten Parteigenossen“ Arbeiterpartei, Mar Müller, Anton Sagen, Karl Bethke und Siedler, diesen „erprobten Charakteren“ nicht es das sächsische Volk zu verdanken, daß es vor dem Gesetz bewahrt wurde, gestern eine sozialistische Regierung zu bekommen. Nur 44 von 95 abgegebenen Stimmen fielen bei der Ministerpräsidentenwahl im Landtag auf den sozialdemokratischen Kandidaten Heißner. Die Abgeordneten der USPD und der bürgerlichen Parteien wählten ihre Vorsitzenden und die beiden Nationalsozialisten wählten sich gegenseitig: Herr von Müke den Herrn Lüttmann und Herr Lüttmann den Herrn von Müke. So kam die Wahl eines Ministerpräsidenten nicht zustande, und am nächsten Dienstag kann der Spieß von vorne losgehen. Ob dabei ein anderes Resultat herauskommen wird, ist sehr zweifelhaft, denn vorläufig haben die vier um Müke erklärt, daß sie keine Regierung unterstützen, an der die Deutschnationalen beteiligt sind. Die Deutschnationalen wieder wollen von keiner Regierung etwas wissen, in der sie nicht einen Platz an der Futtertrübe haben. Die Stimmen der bürgerlichen Parteien und der USPD. Reute müssen sich aber vereinigen, wenn ein Bürgerkandidat gewählt werden sollte.

Die Haltung der vier USPD-Helden war nach allem, was wir in den letzten Monaten erleben, zu erwarten. Ihre Handlungsweise wird von der großen Mehrheit der sächsischen Arbeiterpartei als der schändlichste Arbeiterverrat angesehen werden, den sich Proletarier überhaupt denken können. Unsere Stellung zur Koalitionsfrage haben wir schon oft dargelegt, aber es muß doch für jeden Sozialdemokraten außerordentlich sein, daß eine Koalition nur ein Notbehelf ist, in dem man nur dort greifen darf, wo eine sozialistische Regierung unmöglich ist. Eine sozialistische Regierung wäre aber unter den gegenwärtigen Umständen in Sachsen möglich, wenn eben die vier nicht vergessen hätten, daß sie einmal Sozialdemokraten waren. Das Ziel der Sozialdemokratie muß es doch sein, soviel Einfluß im Staat wie nur irgend möglich zu bekommen. Regiert die Sozialdemokratie allein, so wird sie mehr ausrichten können, als wenn sie die Regierungsmacht mit bürgerlichen Parteien teilen muß. In ganz besonderer Höhe gilt das für die Einzelstaaten des Deutschen Reiches, wo die Regierungen eine Fülle von Aufgaben vollständig erledigen, ohne daß sie das Parlament vorher zu befragen brauchen.

Bei den Männern der USPD ist es zur fixen Idee geworden, daß man unter allen Umständen eine Große Koalition machen muß, und dabei bleiben sie auch, obgleich jetzt in Sachsen eine Große Koalition schon aus dem Grunde nicht möglich ist, weil die Deutschnationalen mit genügendem Deutschsein erklärt hat, daß sie von einer Koalition mit der Sozialdemokratie nichts wissen will. Hätte es denn einen politischen Sinn, zwei Parteien in eine Regierung zusammenzupacken, die beide in völliger Uebereinstimmung erklären, daß sie von einer solchen Zusammenarbeit nichts wissen wollen? Die vier, die gestern dafür sorgten, daß die aus ihren Reihen hervorgegangenen Minister noch eine Zeitlang den Glanz der Ministerherrlichkeit genießen, werden sich darauf herausreden, daß sie eine von den Kommunisten gestützte Regierung nicht dulden können. Die Kommunisten seien ja keine „Staatsbejaher“, sondern Gegner der demokratischen Republik, also Leute, von denen man kein Futterbrod und erst recht nicht die Unterstützung bei einer Regierungsbildung annehmen darf. Aber dieselben vier haben es sich ohne weiteres gefallen, wenn die Deutschnationalen einer Regierung in den Sattel hülfen, die von Mar Müller bis zur Wirtschaftspartei erstreckte, obwohl die Deutschnationalen doch mindestens ebenso unterschiedliche Gegner der Demokratie sind wie die Kommunisten.

Dabei können sich die vier um Müke nicht darauf begeben, daß die Sozialdemokratie den Kommunisten irgendwelche Zugeständnisse gemacht hätte. Der Kommunist Ziemer erklärte zwar gestern im Landtag, daß die Kommunisten den sozialdemokratischen Kandidaten auf Grund der von ihnen aufgestellten Forderungen wählen, aber die Sozialdemokratische Partei hat keinen Zweifel daran gelassen, daß es ihr gleichgültig ist, was die Kommunisten fordern. Die Sozialdemokratische Partei hat ihr Programm für die Arbeit der Regierung aufgestellt. Darauf wird sie sich richten, und die Kommunisten mögen tun und lassen, was sie wollen. Wenn ihnen eine Regierung nicht genügt, die sozialdemokratische Politik treibt, dann mögen sie sehen, wo sie eine andere Regierung herbesorgen. Sie können jederzeit im Verein mit den Bürgerlichen die Regierung stürzen, und wir würden dann in aller Ruhe abwarten, wie ein derartiges Mandat den Kommunisten bekäme, um so mehr, als wir sicher sind, daß die Arbeiterpartei eine solche un sinnige Politik nicht bald selbst betreiben wird.

Gegen das Programm aber, das die Sozialdemokratische Partei Siedlers aufstellte, kann kein Mensch etwas einwenden, der auch nur den Schein aufrechterhalten will, daß er noch Sozialist und Demokrat ist. Die USPD-Neute haben bisher auch nicht versucht, an unserm Programm eine ernsthafte Kritik zu üben, sondern sich ein nichtsliegende Redenpartien über die „brave Schülerarbeit“, die

unser Programm darstellt, geleistet. Wenn sie trotzdem nicht für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten, so zeigt das, daß sie nicht mehr von dem Streben geleitet werden, dem Sozialismus zu dienen. Offenbar treibt sie nur blinder Haß gegen die Sozialdemokratie, und sie haben völlig vergessen, was Leute, die sich noch Sozialdemokraten nennen wollen, dem Proletariat schuldig sind.

Nach der sächsischen Verfassung wäre es möglich, daß wir in diesem Landtag in jeder Sitzung das erbauende Schauspiel einer mißglückten Ministerpräsidentenwahl erleben. Der Landtag würde damit freilich zeigen, daß er nicht arbeitsfähig ist. Es würde dann weiter nichts übrigbleiben, als möglichst bald dieser Mißgeburt den Garaus zu machen. Man muß also schon heute mit der Möglichkeit rechnen, daß recht bald die sächsische Bevölkerung vor der Notwendigkeit einer Neuwahl des Landtages steht. Die Sozialdemokratie hätte eine derartige Entwicklung nicht zu fürchten, um so weniger, als bei diesen kommenden Wahlen mit der USPD. reiner Lisch gemacht werden dürfte. Unsere Parteiorganisationen sind jederzeit zu neuen Kämpfen bereit.

## Ruhhandel über das Schundgesetz

D. Berlin, 1. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum fanden im Laufe des Dienstag Verhandlungen statt, um eine Einigung über die Gestaltung des Schund- und Schandgesetzes zu erreichen. Das Zentrum hatte bekanntlich am Montag um Rücksicht auf die Bayerische Volkspartei die Reichspräsidenten an Stelle der Landespräsidenten abgelehnt. Die Volkspartei erklärte, daß sich das Zentrum schließlich doch bereit finden werde, sich mit der Abweisung von Reichspräsidenten einverstanden zu erklären, wenn Demokraten und Deutsche Volkspartei dem Zentrum in der Frage der Zusammenlegung der Präsidentschaft entgegenkommen. Hier ist der springende Punkt, bekanntlich die

## Neue Verständigungsrede Briands

D. Paris, 30. Nov. (Eig. Draht.)

Die Kammer hat am Dienstag die Beratung des Douhaits des Ministeriums des Auswärtigen fortgesetzt. Nachmittags ergriff Briand das Wort und gab einen Überblick über die verschiedenen Probleme der internationalen Politik. Briand sprach über das

### Verhältnis Frankreichs zu Italien.

Er erinnerte an die mehrfachen außerordentlich peinlichen Zwischenfälle der letzten Zeit, wegen derer der diplomatische Vertreter Frankreichs bei Mussolini Schritte unternommen und Gegenmaßnahmen erhalten habe. Die guten Beziehungen seien wieder aufgenommen worden, und gegenwärtig trübe nichts die korrekten Beziehungen zwischen Frankreich und Italien. Italien habe Sorgen wegen seiner Heberbevölkerung. Aber Frankreich habe trotz seiner großen Zahl und seiner Kolonien der italienischen Auswanderung geöffnet, um so mehr müsse „der Familiengeist“ aufhören. Heber der

### Beziehungen zu Deutschland

belonte Briand, daß Frankreichs Politik eine Politik des Friedens sei. Um den Frieden zu erreichen, müsse man darauf acht geben, alle Streitigkeiten friedlich auszuweisen zu werden. Wenn aber zwischen Frankreich und Deutschland keine Annäherung zustande komme, gäbe es nie einen dauerhaften Frieden. Der Völkerbund habe im Interesse des Friedens schon Großes geleistet, wenn er dabei auch schwere Kämpfe mit „nationaler Selbstsucht“ auszuweichen gehabt habe. Aber eines Tages sei es ihm, Briand, als Präsidenten des Völkerbundes trotzdem gelungen, einen Krieg zu verhindern, als die beiden Armeen Griechenland und Bulgarien sich schon gegenüberstanden. Die beiden Regierungen hätten sich dem Schiedsgericht des Völkerbundes unterworfen und die Waffen niedergelegt. Die Politik von Locarno sei ein Versuch gewesen, den Völkerbund praktisch auszuweiten. Es sei ohne Zweifel hoch einzuschätzen, daß Deutschland freiwillig ein Abkommen unterzeichnet habe, in dem es Frankreichs Grenzen anerkennt und darauf verzichtet, zur Regelung von Konflikten mit seinem Nachbarn zu den Waffen zu greifen. Dieses Abkommen sei rechtlich gesehen mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Mehrere Redner hätten von

### „Enttäuschungen“ nach der Besprechung von Thoiry

gesprochen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß seither erst drei Monate verstrichen sind. Die Besprechung von Thoiry sei nur eine von zahlreichen ähnlichen Besprechungen gewesen, die Locarno folgten. Stresemann und er, Briand, hätten es als selbstverständlich angesehen, durch Besprechungen alle Schwierigkeiten zu regeln, die sich zwischen Frankreich und Deutschland ergeben könnten.

Frankreich stehe nicht im Rheinlande, um Deutschland herauszufordern; das Rheinland sei besetzt, weil es ein Pfand bürde. Die Bestimmungen eines Friedensvertrages könnten, wenn beide Unterzeichner einverstanden seien, ganz auf humaner gestaltet werden, und ebenso könnte eine Vereinigung erleichtert werden. Briand warnte dann die Kammer vor den zahlreichen Kommentaren, die sich an die Unterredung von Thoiry und besonders

Forderung auf Entsendung von Vertretern der Religionsgesellschaften in die Prüfstellen. Im Laufe des Mittwoch werden offizielle Besprechungen zwischen sämtlichen Regierungsparteien stattfinden. Ob dabei ein Kompromiß zustande kommt, ist allerdings noch fraglich.

## Verhandlungen über die Arbeitszeit

D. Berlin, 1. Dezember. (Eig. Funk.) Zwischen der Reichsregierung und den Führern der Regierungsparteien fanden am Dienstag nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers Marx, des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius Besprechungen über die Arbeitszeitfrage statt. Wie das Berliner Tageblatt wissen will, soll man dabei einer Einigung unter den Regierungsparteien wesentlich näher gekommen sein. Ein Unterausschuß der Regierungsparteien wird heute vormittag eine letzte Klärung versuchen, dann wollen die Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie in Verbindung treten, um eine Verständigung über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zu erzielen. Reichskanzler Marx hat bereits am Dienstagabend den Genossen Hermann Müller über das Ergebnis der Besprechung der Regierungsparteien verständigt.

## Mussolinis Massenausweisungen

E. Rom, 1. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Nach einer halbamtlichen Meldung sind auf Grund des neuen Gesetzes bisher 522 Personen wegen antisozialistischer Gesinnung aus ihrer Heimat deportiert worden.

## Der Diktator fluchtbereit

Rom, 30. November. Seit einigen Tagen wird in Rom bekannt, daß der neue Unterstaatssekretär für das Luftschiffwesen, Italo Balbo, flucht bereit ist.

Sonderapparate erbauen zu lassen, die im Falle des tatsächlichen Zusammenbruchs der Luftflotte dienen sollen.

Diese Behauptungen erweilten nunmehr offiziellen Anstrich durch eine amtliche Bekanntmachung, nach der auf Initiative Balbos die neue Flugabteilung P eingerichtet worden ist, sie soll aus Apparaten verschiedener Modelle gebildet werden, die zur ausschließlichen Verfügung der Regierungsmitglieder und berliegenden stehen sollen, die unter besonderen Umständen zu einer Luftreise gezwungen werden.

## Der gute Wille auf beiden Seiten.

Das hatten auch die Völker eingeschaut, als sie damals ausriefen: „Gutlich sprechen sich die beiden aus.“ (Redhafter Beifall links.) Briand betonte dann, daß er den unumstößlichen Willen habe, eine neue Katastrophe zu vermeiden. In einem neuen Kriege gäbe es weder Sieger noch Besiegte. Es wäre der Zusammenbruch Europas. Frankreich sei stolz darauf, daß es den Frieden wolle. Es wolle natürlich nicht den Frieden ohne Sicherheit. Deshalb müsse die Völkerbundkontrolle an die Stelle der gegenwärtigen Militärkontrolle treten und die Frage der deutschen Entlassung endgültig geregelt werden. Gewiß sei der Weg zur deutsch-französischen Verständigung lang, aber man werde ihn bei gutem Willen auf beiden Seiten zurücklegen. Heberall spreche man von „nationaler Einigkeit“, ganz besonders in Frankreich. Man habe besser, diese nationale Einigkeit endlich in der auswärtigen Politik durchzuführen. Frankreich sei nach seiner Heberzeugung entschlossen, „die Rebel“, die noch über dem Lande lägen, abzukümmeln und

## den Weg des Friedens zu wählen.

Briand streifte dann in kurzen Worten die Rede Dr. Wirths, in der er im Reichstag ausführte, Deutschland habe ein Opfer gebracht, indem es in den Völkerbund eingetreten sei und Locarno unterzeichnet habe. Diese Darstellung Dr. Wirths sei unrichtig. Der Eintritt in den Völkerbund sei kein Opfer, sondern eine Ehre. Opfer habe Frankreich gebracht. 20 Prozent der beschlagnahmten Wohnungen im Rheinland seien den Besiegern zurückgegeben worden; eine weitgehende Amnestie sei erlassen, neun Zehntel der deutschen Forderungen seien erfüllt worden. Frankreich habe das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. Das bedeute nicht einen Konflikt seiner Politik. Diese Zugeständnisse habe es gemacht, um die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu verbessern. In der Tat sei auch sofort eine Verbesserung eingetreten, und die beiden leitenden Außenminister hätten sich ausgesprochen. Das sei bereits ein großer Fortschritt. Vielleicht sei Locarno ein verführter Versuch gewesen. Trotzdem glaube er, daß dieser Versuch dem Empfinden der weitestgehenden Zahl der Franzosen entspreche habe. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er in Genf einen Fehler begangen habe, als er dort den Gehmut Deutschlands untertrieb. Wenn das ein Fehler sei, so mache er sich eine Ehre daraus, ihn begeben zu haben. (Redhafter Beifall auf der Linken.)

Als Briand von der Rede Wirths herunterstieg, bezeugten ihm die Linke und die Rechte wie auch ein Teil der Rechten lebhaftes Ovationen. Poincaré reichte ihm die Hand. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und in der Einzelberatung der Etat des Auswärtigen Amtes verabschiedet.